



Arbeitskreis „Sozialdemokraten in der Polizei“ Brandenburg

Brandenburg, den 23.01.2013

Der Föderalismus in der Beamtenbesoldung muss auf den Prüfstand

Der Arbeitskreis Sozialdemokraten in der Polizei des Landes Brandenburg hat während seiner Beratung mit dem Innenminister des Landes am 22.01.2013 auch über die bevorstehenden Tarifverhandlungen für den öffentlichen Dienst des Landes Brandenburg diskutiert.

Die sozialdemokratischen Polizeibeamten unterstützen grundsätzlich die Forderung der Gewerkschaften nach einer Erhöhung der Besoldung um 6,5 %.

Kritisch sehen die Sozialdemokraten dass in den Polizeien des Bundes und der Länder unterschiedliche Besoldungsstrukturen existieren.

Sie fordern von der Landesregierung eine Bundesratsinitiative, um bundesweit für alle Polizeibeamten die Besoldung zu vereinheitlichen.

Langerwisch: „Dann hat es auch ein Ende, dass an der Fachhochschule des Landes Brandenburg gut ausgebildete Polizeibeamte, nach Abschluss ihres Studiums erleben müssen, dass sie für ihren harten Dienst im Land Brandenburg schlechter bezahlt werden, als in anderen Bundesländern und dann, teilweise auch erfolgreich, versuchen in andere Bundesländer zu wechseln. Für gleiche Arbeit muss es auch die gleiche Besoldung geben.“

Norbert Langerwisch

Vorsitzender des Arbeitskreises